

Fallpauschale: Kritik wächst

Nationalrat verlangt
Auskunft

BERN Die Parlamentarier sind alarmiert wegen der Einführung der Fallpauschalen (DRGs), mit denen ab 2012 die Spitalleistungen einheitlich abgerechnet werden sollen. Die nationalrätliche Gesundheitskommission organisiert nun eine Anhörung. «Wir machen uns Sorgen, weil wir immer mehr Kritik hören», sagt Präsidentin Thérèse Meyer. Vertreter der Ärzte, der Pflegenden sowie der Spitäler sollen sich zu den Konsequenzen äussern.

Auch die Gesundheitskommission des Ständerats will Klarheit. «Wir sind nicht zufrieden, wie es läuft», sagt deren Präsident Alex Kuprecht. Gesundheitsminister Didier Burkhalter und Swiss-DRG-Präsident Carlo Conti sollen Red und Antwort stehen. Zudem doppelte die Kommission vergangene Woche in einem Brief an den Gesamtbundesrat nach und verlangte, dass er seine Verantwortung wahrnimmt.

Immer mehr Kritiker befürchten eine Verschlechterung bei der Versorgung der Patienten und den Arbeitsbedingungen. Die Spitäler haben Bedenken, dass sie für die Nachwuchsausbildung zu wenig entschädigt werden. Knapp 30 000 Gesundheitsfachleute forderten mit einer Petition flankierende Massnahmen. Verschiedene Ärzte fordern einen Ausstieg oder zumindest ein Moratorium.

PETRA WESSALOWSKI